

um Munitionstrümpfen wundern. Sind doch ihre Mitlieder bei dem heroischen Ringen der Tabakarbeiter in Westfalen und Liepe beteiligt, und von den brutalen Unternehmern ausgebeutert worden, weil eine verhältnismäßig geringe Anzahl heimarbeitender Tabakarbeiter und -arbeiterinnen bei den geringen Löhnen lieber verhungern mußten und darnach Vorkämpferinnen gegen Lohnkämpfer, als in Berlin ziska 30.000 hausindustrielle Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen zwecks Anertennung eines Lohnarbeitsstreiktes. Ist es da zu verwundern, wenn der Hebernat der Kapitalproben ins Unermeßliche steigt, wenn sie zur Durchsetzung ihres Willens 60.000 bis 70.000 Arbeiter auspersperen und gleichzeitig wegen Mißbrauch des Koalitionsrechts Klagegeder anstimmten und von der Regierung Verbot des Streikpotentials verlangen?

Doch was ibert sich die Kapitalistenklasse um die Not der Armen! Sie salbaldern von dem Frieden auf Erden, heben aber zum Kriege: „Der Kauthebringung nach Agadir vor eine Tat.“ wo jubelte die von den Prozentpatrioten ausgehottene bürgerliche Presse, deren Kriegsabend ja bis zum heutigen Tage noch nicht verstimmt ist. Großmütig haben die konservativen der Regierung ihr Gut und Blut angeboten. Ein Bild, das zum Lachen reizt. Diejenigen, die trotz der Liebesgaben nie genug bekommen, die immer schreien: „Mehr! Mehr!“ die wollten geben? Ja, das Schwert im Munde, die Hände in die Taschen des Volkes gesteckt, um dort herauszuholen, was nur herauszuholen ist, das Bild ist treffender. Unsere Alldentischen verweisen auf Italien, das den traurigen Mut hatte, mitten im tiefsten Frieden einen vom heiligen Vater in Rom erteilten Mandat nach Tripolis zu unternehmen.

Offen und verdeckt wird die Englandbebe betrieben. Alle Ministerräten und alle Parlamentsdebatten können über die noch vorhandene Kriegsgefahr nicht hinwegtäuschen. Jeder Tag bringt neue Verwirrungen, die nach Ansicht von Seydebrand, Eldenburg und anderer „junger Männer“ nur mit dem Schwerte zu lösen sind. Und mit Sicherheit kann behauptet werden, wir befinden in den einzelnen Kulturstaaten es nicht die Arbeiter sein, die in prächtigen Demonstrationen für die Friedensidee propagierten, wir befinden uns in einem Kriege, dessen Folgen nur angeudeutet werden können, aber nicht auszudenken sind. Der Gewerkschaftsfongreß in Dresden, der sozialdemokratische Parteitag in Jena, gegenüber denen der Katholikentag in Mainz ein Mummenschanz mit Abstraheltingel war, haben den Beweis geliefert, daß Völkerrieden, Kultur und Sozialpolitik in der freigewählten Arbeiterkraft die beste und eifrigste Förderin sind. Wie sehr die Massen des arbeitenden Volkes diese Bestrebungen anerkennen, beweist die sich täglich vergrößernde Anhängerichat, die bei den letzten Wahlen zum Ausdruck gekommen ist, als auch bei der steigenden Abonnentenziffer der Arbeiterpresse und dem erfreulichen Zuwachs der freien Gewerkschaften.

Auch unser Verband kann mit Stolz auf seine Erfolge sowohl organisatorischer Natur als auch im wirtschaftlichen Kampfe zurückblicken. Abgesehen von der großen Lohnbewegung in der Ledermarenindustrie, an der mehr als die Hälfte unserer Mitglieder beteiligt waren und die beachtenswerte Resultate brachte, führten unsere Kollegen der anderen Branchen in Berlin, Wiesfeld, Braunschweig, Chemnitz, Dresden, Hiesburg, Erlangen, Halle, Hamburg, Hannover, Saganau, Sameln, Köln, Leipzig, München, Potsdam, Reutlingen, Rostock, Spandau, Stuttgart, Werdau, Witten, Zeitz und anderen Orten teils selbständig, teils mit anderen Organisationen, erfolgreiche Lohnkämpfe, wodurch die Lebensmittelpreiserung zum Teil ausgemildert werden konnte.

Allerdings, wir befinden uns erst am Anfang. Die Hauptarbeit soll im Jahre 1912, das sehr verheißungsvoll beginnt, erledigt werden. Wir denken dabei an die im Früh Sommer stattfindende Generalversammlung in

München zwecks Ausbau und Stärkung unserer beruflichen Kampforganisation. Denn viel ist noch nachzuholen! Im Hungerjahre 1911, das mit ebrenem Griffel im Buche deutlicher Arbeiterbewegung eingezichnet ist, wurden unsere Berufsgenossen um einen großen Teil ihrer gewerkschaftlichen Erfolge betrogen. Die Reichsversicherungsordnung hat den Arbeitern das sozialpolitische Tätigkeitsgebiet beengt, ja fast geraubt. Das ist des Schlichten zuviel! Weit über die Grenzen der Arbeiterkraft hinaus leuchtet die Fackel der Empörung. Alle Vertuschungs- und Verzögerungsverträge der Regierung vertragen diesmal. Mit eisernem Beien soll der Anstasfall der Volksbedrückung und Korruption gereinigt werden. Am 12. Januar 1912 drohen allüberall die Sturmgloden der aufgehenden Freiheit, den Rittern und Heiligen ist es ein Sterbegeläut. Am 5. Februar 1912 wird in Bayern nochmals mit dem volkverräterischen Zentrum abgerechnet.

Nicht nur die Arbeiterkraft Deutschlands, die gesamte Kulturwelt blickt mit Spannung auf den Ausgang dieser Kämpfe mit dem Stimmzettel. Gängt doch zum guten Teil davon ab, ob wir in nächster Zukunft mit einer friedlichen Entwicklung des Wirtschaftslebens oder mit weiteren Volksbelastungen und Kriegsdrohungen zu rechnen haben.

In all den Wirrissen, wo Throne wackeln, gottbegnadete Fürsten ihr Heil in der Flucht finden, wo niemand weiß, was für Umwälzungen der morgige Tag bringen wird, in einer Zeit, wo alt leberkiesertes seinen Wert und Halt verloren hat, der Glaube an Wundermächte realen Tatsachen weichen muß, wo Freiheiter dem Wahlbruch huldrigen: „Nach uns die Sintflut!“ und sich bei Cräien betänben, in einer solchen Zeit ragt über dieses Chaos die moderne Arbeiterbewegung hinaus. Sie steht da wie ein Rocher de bronze, wie ein eherner Fels im brandenden Meer! Wohl schlagen die Wogen der Entredmung, Knechtung, Verdummung und Ausbeutung hoch auf, doch ohne auch nur ein Steinchen des festen Fundaments zu lockern, mühen sie machtlos zerfallen. Die Masse der Arbeiter, anfangs nur Schutz heischend, suchen diesen Felsen als Zufluchtsstätte auf, jetzt ist sie zu ihrem Verteidiger geworden. Fordert auch dieser Kampf große Opfer an Leib, Leben und Gesundheit, mit Freude werden sie gebracht, winkt doch in nicht allzu weiter Ferne der Lohn: Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joche des Kapitalismus!

Wahrlich, es ist ein herrliches Los des heutigen Gechlechts, an diesen Kämpfen teilzunehmen zu dürfen, von denen zukünftige Geschlechter Ehrenvolles erzählen werden.

Wir haben wirklich keinen Grund, dem schiedenden Jahre eine Träne nachzuweinen oder gar zu trauern ob all der Not und Trübsal, die es uns gebracht. Wir machen einen Strich unter unsere Bilanz und erwarten freudig das neue Jahr! Das Jahr 1912, das uns von Sieg zu Sieg begleiten wird, wird noch all die Lagen und Verzägen anfrütteln, wird sie zu Kämpfern erwachsen lassen, die Schulter an Schulter in festgefühten Organisationen erworbene Rechte verteidigen und neue Rechte erobern werden.

Zorge jeder einzelne unserer Berufsgenossen dafür, daß das dem Hungerjahre folgende Kampfsjahr ein Siegesjahr des arbeitenden Volkes wird. Die höchste Ehre für alle Sattler und Portefeuille muß sein, am Schlusse des Jahres 1912 von sich sagen zu dürfen: „Auch ich bin dabei gewesen! Stets war ich zur Stelle, als es galt, die Interessen meiner Volks- und Berufsgenossen zu vertreten. Meinem Mitwirken ist es mit zu danken, wenn endlich menschenwürdige Zustände eingeführt worden sind!“

Zu diesem Sinne wollen wir Abschied vom alten Jahre nehmen und das neue Jahr begrüßen mit dem Wunsche:

Allen Kämpfern für Freiheit und Brot, für Gleichheit und Recht ein herzliches Prost Neujahr!

Die Tarifverträge im Deutschen Reiche im Jahre 1910.

III. Die Arbeitszeit in den Tarifverträgen, Arbeitsnachweise und Schlichtungsorgane.

Die Arbeitsdauer wird in den Tarifverträgen als tägliche und wöchentliche Arbeitsdauer dargestellt. In beiden Darstellungen wird zwischen der sommerlichen und der winterlichen Arbeitsdauer unterschieden, da Witterung, Licht- und Saisonverhältnisse häufig solche Unterschiede bedingen. Als Arbeitsdauer ist meist die kurzezeit, während der Tarifdauer zu erreichende Arbeitszeit ausschließlich der Kaufen angegeben.

Danach hatten im Sommer 90,9 Proz. der Betriebe und 90,2 Proz. der Personen, im Winter 85,5 Proz. der Betriebe und 84,1 Proz. der Personen eine tägliche Arbeitszeit bis zu 10 Stunden. In den Jahren 1908 und 1909 waren die entsprechenden Ziffern im Sommer 88,6 bzw. 85,5 Proz. der Betriebe und 89,8 bzw. 90,2 Proz. der Personen, im Winter 69,7 bzw. 73,0 Proz. der Betriebe und 73,1 bzw. 74,0 Proz. der Personen. Ein Fortschritt der Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden ergibt sich aus diesen Ziffern ganz unzweifelhaft. Die länger als 10stündige Arbeitsdauer wird immer mehr zur Ausnahme. Aber auch die Arbeitszeit bis zu 8 Stunden Dauer ist im Bormarck begriffen. 1908 betrug sie erst für 29,7 Proz. der Betriebe und 30,0 Proz. der Personen (Sommerzahlen), 1909 für 33,2 Proz. der Betriebe und 29,9 Proz. der Personen, 1910 dagegen für 37,2 Proz. der Betriebe und 34,4 Proz. der Personen, wobei zu berücksichtigen ist, daß die umfangreiche Tarifbewegung im Baugewerbe keine wesentliche Herabsetzung der Arbeitsdauer brachte.

Eine wöchentliche Arbeitsdauer bis zu 60 Stunden war danach für 94,5 Proz. der Betriebe und 94,9 Proz. der Personen im Sommer und für 88,0 Prozent der Betriebe und 88,8 Proz. der Personen im Winter vereinbart. In den Jahren 1908 und 1909 waren die entsprechenden Sommerzahlen 88,5 bzw. 82,5 Proz. der Betriebe und 90,2 bzw. 89,2 Prozent der Personen, die Winterzahlen 69,5 bzw. 73,2 Proz. der Betriebe und 73,4 bzw. 74,1 Proz. der Personen. Auch hier ist ein Fortschritt der Arbeitsdauer bis zu 60 Stunden pro Woche zu konstatieren. Eine Arbeitsdauer bis zu 54 Stunden wöchentlich war vereinbart worden 1908 für 29,6 Prozent der Betriebe und 29,8 Proz. der Personen (Sommerzahlen), 1909 für 33,1 Proz. der Betriebe und 30,8 Proz. der Personen, 1910 aber für 40,1 Prozent der Betriebe und 37,7 Proz. der Personen. Hier springt der Fortschritt des Neunstundentages als Maximum sehr deutlich ins Auge.

An meinen wird noch in den Berufen der Holzindustrie, Nahrungsmittelindustrie, Bekleidungs-, Handels- und Verkehrsgewerbe der Neunstundenstag überschritten. Die Dauer der Pausen zwischen der Arbeitszeit fand in 2774 Tarifen, die Pflanzung des Arbeitsverhältnisses bzw. Dauer der Kündigungsfrist in 519, die Arbeitsnachweisfrage in 319 Tarifen eine verträgliche Regelung.

Die Zahl der Tarifverträge, in denen gemeinsame Einigungs- und Schlichtungsorgane vorgesehen sind, mehrte sich von Jahr zu Jahr. 1908 waren für 1154 Tarife (57,7 Proz.) solche Organe vereinbart, 1909 für 1117 (53,4 Proz.), 1910 dagegen für 2241 Tarife (59,6 Proz.). Neben die Hälfte davon, nämlich 1094, entfällt auf das Baugewerbe, eine Folge der zentralen Vertragsverhandlungen, wie denn überhaupt die Zentralisation der Tarifbewegung auch die der Einigungs- und Schlichtungsinstanzen nach sich zieht. In weiterem Abstände folgen die Holzgewerbe mit 198, die Industrie der Nahrungsmittel- und Genussmittel mit 184, die Metall- und Maschinenindustrie mit 150, die Textilindustrie mit 145 und die Bekleidungsindustrie mit 138 Tarifen, in denen gemeinsame Einigungs- und Schlichtungsorgane vorgesehen sind. Während sich in den früheren Jahren die Mehrzahl der Einigungs- und Schlichtungsorgane aus Firmentarife erstreckt, sind diese gegenüber den Zentral- und Bezirkstarifen schon erheblich zurückgetreten, ... gende Gegenüberstellung beweist. Es betrug die Zahl der Tarife mit Einigungs- und Schlichtungsorganen:

	1908	1909	1910
in Firmentarifen	465	680	905
in Zentralstarifen	350	238	458
in Bezirkstarifen	339	214	876
in Reichstarifen	—	5	2

Weiter gibt die Statistik auch heute noch keine Auskunft über die Art dieser Einigungsinstanzen, aus der sich der Fortschritt der Zentralisation des Einigungswesens differenzmäßig feststellen ließe.

Die Ergebnisse der Tarifvertragsstatistik im Vergleichsjahre betätigen in vollem Umfang, was wir anlässlich der Statistik der Jahre 1908 und 1909 feststellen konnten: die Tarifentwicklung folgt in gleicher Weise wie die Lohn- und Streikbewegung

dem Auf und Ab der wirtschaftlichen Konjunktur und der Zentralisationsstendenz der wirtschaftlichen Organisation der Arbeitgeber und Arbeiter. Verschieden wird der Einfluß der letzteren durch das offensbare Bestreben der Arbeitgeberverbände, den Ablauf großer Gruppen von Tarifverträgen möglichst auf einen gemeinsamen Zeitpunkt einzustellen, wodurch die jährlichen Schwankungen der Tarifbewegung bedeutend vermindert werden. Dies zeigte sich besonders im Berichtsjahre hinsichtlich des Baugewerbes. Die gesamte Tarifbewegung fand unter dem Einfluße der Tarifkämpfe im Maurer- und Zimmerergewerbe und der Tarifverneuerung im Malergewerbe; entfiel doch nahezu die Hälfte aller im Berichtsjahre in Kraft getretenen Tarife und mehr als die Hälfte der beteiligten Betriebe und Personen auf das Baugewerbe. Daß auch die Statistik sich diesem Einflusse nicht entziehen kann, solange sie nur die Tarifbewegungen des Berichtsjahres berücksichtigt, liegt klar auf der Hand. Es ist deshalb auch in dieser Hinsicht zu begrüßen, daß die Anstalt bezieht, die Statistik auf die alljährliche Feststellung des gesamten Tarifbestandes ausdehnen.

Hinsichtlich des Inhalts der Tarifverträge hat die Statistik des Berichtsjahres ergeben, daß die Bestrebungen der Arbeiter nach Verfürzung der Arbeitszeit wiederum erhebliche Fortschritte aufzuweisen können, die durch die fast völlige Ausmerzung der länger als zehnwöchentlichen Arbeitsdauer und durch die weitere Ausdehnung des Rehn- und Reunstundenlages verdeutlicht werden. Hinsichtlich der Lohnregelung war ein hartes Vordringen des Stücklohnes (das aber nur ein scheinbares ist) und eine Zunahme der höheren Lohnkategorien zu konstatieren, wie auch die Lohnzuschläge für Heberarbeit immer mehr in den Tarifen Eingang finden. Die tarifliche Arbeitsvermittlung zeigt bereits einen ganz beachtenswerten Anfang und die gemeinsamen Einigungs- und Schlichtungsorgane werden immer allgemeiner.

So bildet die Statistik der Tarifverträge ein neues Mittel, den wirksamen Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft außer jeden Zweifel zu stellen. Reigt sie uns gegenwärtig auch nur erst einen kleinen Ausschnitt und auch darin kein Bild der wirklichen Verhältnisse, sondern nur den Stand der vertraglichen Regeln, so kann dies ihren Wert nur unwesentlich beeinträchtigen. Was zur Vervollkommenung dieser Statistik geschehen kann, wird in den nächsten Jahren geschehen, und was sie uns nicht zu leisten vermag, das wird durch andere Erhebungen ergänzt werden. Jedenfalls ist es ihr schon heute in hohem Maße gelungen, in die Arbeitsverhältnisse hineinzuleuchten und uns einen Maßstab für deren fortschreitende Entwicklung an die Hand zu geben. Die Sozialpolitik kann schon heute aus ihren Ergebnissen manches schätzenswerte Material und manche gute Lehre entnehmen, und der im Gewerkschaftskampfe liebende Arbeiter und Arbeitervertreter erkennt darin, wie sich der Bereich der paritätisch und tariflich geregelten Arbeit immer mehr ausbreitet, wie diese Verträge von denen anderer Orte im gleichen Verlaufe und oft selbst von denen anderer Vertriebe abhängig sind, wie sie ein wachsendes Maß von Vertragstreue auf beiden Seiten, von Gewöhnung an Organisationsdisziplin und Gemeinnutzen angeht, der immer mehr zunehmenden Schwierigkeiten der zentralen Abschlüsse erfordern. So kann eine solche Statistik auch erzzielreich wirken, wenn sie in der rechten Weise nutzbar gemacht wird. Das ist auch der wichtigste Zweck dieser Arbeit, die wir hinausgeben mit dem Wunsche, daß die Förderung der Klarheit über die Vorzüge der tariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse am geeignetsten ist, die Entwicklung der Tarifverträge selbst zu fördern.

Billige Lederwaren

herzustellen und damit jedwede Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, ist das Ideal vieler Lederwarenfabrikanten. Doch sind die Wege zu diesem Ziele sehr verwickelt und führen oft an Kerkermauern vorbei. Auch kommt es vor, daß die rächende Nemesis Kenntnis von diesen Wegen erhält und dem Wandern auf einige Zeit ein Aufsehen nachweint. Doch die Mühen der Justiz mahlen langsam und manchem Schädling der Industrie hätte von Rechts wegen schon lange das Handwerk gelegt werden müssen. Aber nicht immer sind die Merkmale kriminell zu abtönder Verbrechen so markant, daß die Anklagebehörde ohne weiteres einschreiten kann. Die Spaten pfeifen es von den Dächern und bezeichnen eine Anzahl Lederwarenfabrikanten, die unter der Maske eines Ehrenmannes zusammenzutreten, was nur zu borgen ist, die Ware verschleiend und so die gesamte Industrie schädigen. Schon vor Jahren wurden von unserer Organisationsleitung Veranstaltungen getroffen, solchen Hyänen der Industrie das Handwerk zu legen, indem sie an interessierter Stelle ihr bekanntgewordene Fälle rechtzeitig zur

Sprache brachten. Langandauernde Sitzungen haben stattgefunden, den Arbeitgebervertretern wurde zuerkannt, daß sie demnächst sind, Befreiung im Gewerbe herbeizuführen, im übrigen war das Resultat negativ. Niemand wollte sich die Finger verbrennen, ja, es ist vorzuziehen, daß Unternehmer, die auf diese Weise Kenntnis von der Erlangung solch billiger Lieferanten erhielten, diese mit Aufträgen geradezu überhäufeten, um nachher keine lauter über die Monopolen zu schimpfen. In es doch eine alte Erfahrung aller derjenigen Kollegen, welche bei Einführung der Tarifverträge und Regelung der Affordlöbne verhandelten, daß ihnen entgegengehalten wurde, eine Erhöhung der Löhne sei unmöglich, weil die Monopolen der Waren bereits billiger abgibt. Zum Beweis werden dann die billig gekauften Artikel vorgelegt. Erst in allerletzter Zeit wurde von einer Offenbacher Firma, die sich wahrheitswidrig rühmt, den Wertes nicht anerkannt zu haben und deswegen mehrere Arbeitslöhne zahlte, ein englisches Leder für zum Preise von 30 Mk. per Duzend offeriert, das nach genauer Aufkulation nicht unter 54 Mk. pro Duzend in Berlin hergestellt werden kann. Der Arbeitslohn von 11 Mk. pro Duzend allein ist doch nicht ausschlaggebend, denn in Berlin ganz unzufrieden angefertigt, ist der Artikel immer noch um 4 Mk. teurer. Ähnlich groß ist die Preisdifferenz bei einer Zigarretentafel aus Sechshundert mit überlegenem Eisenrahmen. Eine andere Firma offeriert die neuesten Kombinationstaschen, 22 Zentimeter lang, 9 Zentimeter hoch, außen Saffian, innen Kammleder, alles eingeschlagen, für 26 Mk. pro Duzend. Eine Nachkulation hat ergeben, daß Leder und Arbeitslohn schon mehr beträgt, abgesehen von allen anderen Zutaten und dem Verdienst des Unternehmers.

Eisenbacher Firmen wiederum behaupten, Berliner Fabrikanten beschäftigen trotz des tariflichen Verbotes Heimarbeit auf Reiseartikel, denen sie niedrigere Löhne als den Werkstattarbeitern zahlen. Ein Fabrikant will sogar durch seine Offenbacher Prüfe gesehen haben, wie ein Heimarbeiter Keiltaschen abgeliefert hat. Eine andere Firma hebt hervor, mit ihren Arbeitern langfristige Verträge zu niederen Löhnen abgeschlossen zu haben, deswegen also billiger liefern könne. Unsere Nachprüfung ergab: die Firma hat mit ihren Arbeitern Duzendlöhne vereinbart, wenn die Sachen duzendweis in Arbeit gehen. Bei Grosware aber Grospreise zahlte, die nur zur Berechnung kommen, wenn mindestens ein volles Gros in Arbeit gegeben wird. So wie in diesem Falle sind wir allen uns gemachten Angaben nachgegangen und haben deren Haltlosigkeit festgestellt. Trotzdem werden solche Dinge weiterkolportiert, werden schneeballmäßig vergrößert und sollen dann gehalten, die Löhne zu reduzieren. Wir können diese Leporellosität jederzeit ins Endlose erweitern und haben ja auch schon in früherer Artikeln Stellung dazu genommen. Vor allem haben wir Verneuerung eingeleitet, daß die Arbeitslöhne Schuld an derartigen Unterbietungen sind, wenn auch falsch. Schmutzkonkurrenz ist mit niedrigen Arbeitslöhnen identisch. Aber ausschlaggebend für solche Differenzen ist in der Hauptsache die Gewissenlosigkeit, mit der es einige Substritrierer versuchen, mit fremdem Gelde zu wirtschaften, bis der „rote Hahn“ der „Pleitegeier“ oder eine „Nebel über den großen Teich“ ihrer Fabrikantenherrlichkeit ein vorzeitiges Ende bereitet. Den größten Schaden solcher Manipulationen hat die Branche, wenn auch die Lieferanten arg gerupft werden. Doch verbieten sie weder Mitleid noch Bedauern, weil sie trotz oftmaliger Verwarnung immer wieder große Kredite gemahren. Ragt dann eine Pleite die andere, dann heißt es: „Nun wird die Branche von den unsaubereren Elementen gereinigt, sie wird langsam gefunden!“ Doch kaum gesagt, hat sich irgendwo ein „Neuer“ etabliert, neue Schlechtwegs entdeckt und die Unterbietungen beginnen aufs neue. Aus Furcht, solchen Leuten den Kredit geschädigt zu haben und deswegen bestraft zu werden, unterbleibt, trotz aller Offenfundigkeit, jede Anzeige und der Staatsanwalt kann solches Geschäftsgeschehen erst dann nachprüfen, wenn der Vogel ausgeflogen oder die Geschäftsbücher beiseite gebracht worden sind. Oft aber gehen sich die Lieferanten mit einer Quote von 20-30 Proz. zufrieden und das Trauerspiel kann von neuem beginnen. Wenn nun gar so ein Lederwarenfabrikant Portemonnaies anfertigt, zu denen er weber Bügel noch sonstige Zutaten benötigt, nur Schöpfer, die er borgt, und Leder, das er stiehlt oder für sich stehlen läßt, dann kann er konkurrenzlos billig liefern. Bis man aber Gewißheit hat, daß dies der Fall ist, sieht man allerdings vor einem Mästel und ergeht sich in allerlei Vermutungen. So wurde uns mitgeteilt, daß in Neu-Ulm ein früherer Schuh- und Schäftefabrikant namens Jerome Leplat (Ulm) die Fabrikation seiner Lederwaren, Marke „Almia“ ergriffen hat, um hier, wie in der seitherigen Branche, als Schädling der Industrie aufzutreten. Er brachte den, an sich guten Artikel „Porcals-Portemonnaie“ auf

den Markt und lieferte zu Preisen, bei denen jeder ebelfche Fabrikant den Kopf schüttelte. So bot der Herr ein Sportkoffer an, wozu für 15,15 Mk. Leder benötigt wird und überall 18-27 Mk. pro Duzend kostet, für 18 Mk. an. Wirklich gut ausgeführte Kataloge wurden verkauft, in den meisten Fachzeitschriften inseriert, so daß nach sehr kurzer Zeit die Firma Jerome Leplat im Munde aller Fachleute geführt wurde und wegen ihrer Billigkeit bald einen großen Kundenkreis erwarb. Zeitweise sollen 40 Arbeiter dort beschäftigt gewesen sein. Einem größeren Abnehmer wurde der Artikel schon für 15 Mk. und bei noch größerer Bestellung für 12 Mk. pro Duzend angeboten. Auch in Briefschaften aus Lederimitation, das Gros zu 36 Mk., war die Firma sehr leistungsfähig. Doch diese Verkäufe wurden die Lederwarenfabrik „Almia“ nicht effektivieren können, denn inzwischen in die Staatsanwaltschaft auf die geschäftlichen Manipulationen des Inhabers aufmerksam gemacht worden, worauf sie ihn auf einige Zeit hinter die schwedischen Gardinen gebracht hat. Nach einem Verlaufe des „Schuhmacher-Fachblattes“ spielte sich vor der Strafkammer zu Ulm eine Verhandlung ab, die jedenfalls für die Kollegenchaft nicht ohne Interesse sein dürfte. Die beiden Angeklagten sind auch den Mitgliedern des Schuhmacherverbandes nicht unbekannt, da schon mancher deren Macht zu spüren bekam. Der Schäftefabrikant, Schuhhändler und dazu jetzt noch Portemonnaiefabrikant Jerome Leplat sowie sein Freund Adolf Scheffel, Betriebsleiter der Schuhfabrik M. und S. Levi in Göppingen, letzterer nunmehr Betriebsleiter bei Moos u. Hofenthal in Wechingen, hatten sich wegen Diebstehls und Verzug zu verantworten. Scheffel, der sich häufig bei seinem Freunde in Ulm aufhielt und hier in Freuden lebte, hatte als Betriebsleiter der Schuhfabrik dem Leplat „billiges“ Leder geliefert und erhielt nunmehr dafür 5 Monate, sein Freund Leplat 4 Monate Gefängnis. Interessant an der Verhandlung war noch, daß Scheffel betonte, er habe aus Not gehandelt und Leplat habe ihn erst soweit gebracht, er sei das Opfer von Leplat, während Leplat behauptete, bei Scheffel könne man von einer Not nicht sprechen, denn wenn dieser (Scheffel ist verheiratet) hier in Ulm mit Damen Kreudenfeste in den ersten Jodels hatte und dabei goldene Ringe mit echten Edelsteinen verschenkte, so seien dies keine Zeichen der Not. Leplat hatte einen solchen Ring im Besitz und legte denselben dem Gericht vor. (Woher wohl Leplat den Ring hatte? Vermutlich war derselbe bei den gleichen Freudenmädchen, und wegen seiner großen Liebe ist er ja untaffelamt.) Es waren gar reizende Dinge, die da zutage gefördert wurden. Da kann man dann schon den Arbeitern gegenüber den „Moralischen“ spielen und diese schänden und schämalieren, was das Zeug hält. Nebenbei sei noch bemerkt, daß Leplat stets als der billige Jakob bekannt war und sowohl als Schäftefabrikant wie auch als Schuhhändler und jetzt als Geldbeutelmacher in Fachkreisen wegen seiner Billigkeit und Klame berüchtigt war und dabei vor zirka einem halben Jahre wegen unlauteren Wettbewerbes zu 1000 Mk. Strafe und zur Tragung der Kosten verurteilt wurde; eine niedrigere Geldstrafe ging dieser hohen wegen gleichen Vergehens voraus.

Es ist gewiß nicht Sensationshascherei, die uns zwecks Schilderung dieses Falles die Feder in die Hand gebracht hat. Wir halten jede uns bietende Gelegenheit für passend, unseren Unternehmern an der Hand von Tatsachen vor Augen zu führen, daß nicht die berechtigten Forderungen der Arbeiter nach höheren Löhnen die Konkurrenzfähigkeit einer Industrie beeinträchtigen, sondern Manipulationen solcher Unternehmer, deren Ehrlichkeit durch ein Uebermaß von Gewissenlosigkeit erstickt wird. Aber nicht diese allein sind schuld an den ruinösen Zuständen der Lederwarenbranche. Mitschuldig sind alle diejenigen Unternehmer, die Waren kaufen, welche unter tarifswidrigen Verhältnissen hergestellt werden, denen billige Preise imponieren und Waren kaufen, von denen sie sich als Kaufleute sagen müssen, die Zutaten sind gestohlen oder auf Kredit entnommen, aber niemals bezahlt worden. Höfentlich trägt die Veröffentlichung dieses Falles dazu bei, allen Lederwarenfabrikanten das Gewissen zu schärfen. Vor allem aber sollen unsere Kollegen, wenn ihnen wieder einmal die Billigkeit anderer Firmen vorgehalten wird, auf diesen Fall hinweisen und erklären: Wegen anständiger, den Leistungen entsprechender Löhne ist noch keine Industrie konkurrenzunfähig geworden oder mußte deswegen ein Unternehmer Konkurs anfragen. Wenn aber Lederwarenfabrikanten fallierten, dann haben in der Hauptsache ihre oberflächlichen geschäftlichen Manipulationen in Verbindung mit gewöhnlicher Unkenntnis dazu beigetragen. Gekleiner schon waren sie durch andere Fallissements in Mitleidenschaft gezogen, niemals aber haben günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen ruinös auf die Konkurrenzfähigkeit der Lederwarenindustrie gewirkt.

Ein Denkmal der Schmach!

Die Tagespresse veröffentlichte vor einigen Tagen folgenden Witzstreich eines Unselbstverwandenen: Soziale Gesehgebung und ihre Anwendung.

Przozogaj, 11. Dezember.

„Ein interessanter Fall über die Auslegung des Invalidenversicherungsgesetzes spielte sich in der letzten Zeit hier ab.“

Unter dem 26. Juli 1909 wird der 27-jährigen Arbeiterin Anna Springer aus Przozogaj von der Landesversicherungsanstalt Koien eine Invalidenrente von 10,70 Mk. monatlich zugewilligt, weil sie an fortw. chronischer Gelenkschmerz mit Verwärtung der Handgelenke, mäßigen Allgemeinbefinden, beginnender Herzschwäche und Mutarmut litt.

Eine Nachuntersuchung derselben durch den zuständigen Kreisarzt Dr. Saad-Gucien am 21. August 1910 ergab, daß in dem Zustande der Rentenempfängerin infolged. eine Besserung eingetreten war, daß sich das Allgemeinbefinden gehoben hat, Mutarmut nicht besteht und die Herzschwäche nur gering ist. Die Erwerbsfähigkeit der Rentenempfängerin soll deshalb 40 Proz. betragen, die Rente wird ihr daher mit Ablauf des Oktobers 1910 entzogen.

Die starke chronische Gelenkschmerz mit Verwärtung der Handgelenke ist geblieben, die Herzschwäche ist noch — wenn auch gering — vorhanden! Die Mutarmut soll nicht mehr bestehen! Hier müssen wir ja unseren Laienverstand dem Arzterurteil unterordnen, obwohl es uns schwer fällt, das zu begreifen, wodurch die Mutarmut beseitigt sein soll!

Das arme Wesen ist obenem noch magenkrank, sie hat ihren Lebensunterhalt in der Hauptsache von ihrer Invalidenrente von 10,70 Mk. monatlich bestritten, weil sie es damit möglich gemacht hat, die Mutarmut zu beseitigen, das heißt blutstärkende und bluttreibende Mittel anzuwenden, ist uns anfänglich!

Kann ich es aber wohl auch einem „Nichtmediziner“ begrifflich und verständlich, daß ein Mensch mit chronischer Gicht mit verwitterten Handgelenken — das heißt mit verkrüppelten Händen — nicht arbeiten und noch viel weniger sich etwas verdienen kann. Zum Arbeiten auf dem Lande benötigt man aber zunächst gesunde, kräftige Hände!

Trotzdem und allem wird die Rentenempfängerin 40 Proz. erwerbsfähig befunden und die Invalidenrente fällt weg!

Nach unserem bescheidenen Laienverstand ist die Springer nicht 60, sondern 100 Proz. erwerbsfähig!

Die Verurteilung gegen diesen Bescheid ist erfolglos. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung läßt die Springer von einem zweiten Arzt untersuchen, der das Gutachten seines Kollegen bestätigt.

Eine Revision bei dem Reichsversicherungsamt in Berlin, der nachstehende Arztbescheinigung beigefügt wird, von einem alten, erfahrenen Arzt, der die Kranke seit Jahren behandelt und ihren Körperzustand genau kennt, bleibt unberücksichtigt. Diese Arztbescheinigung lautet: „Die 33 Jahre alte Anna Springer aus Przozogaj leidet infolge von chronischem Rheumatismus an Steifheit der Armgelenke und an einer so hochgradigen Verwärtung der Hand- und Fingergelenke, daß sie als gänzlich erwerbsunfähig anzusehen ist. Gucien, den 2. März 1911. (gez.) Sanitätst. Dr. Wolf.“

In Anbetracht des wirklich bedauernden Wertes Wesens fragen wir hinwieder: Was das der Sinn der Sozialgesetzgebung, daß ein so durch und durch krankes, hilfloses Wesen anscheinend aus Sparsamkeitsrücksichten hinaus auf die Straße gestoßen wird und ihren künftigen Lebensunterhalt durch Almosenbettelei verschaffen muß? Was nützt uns das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, das Reichsversicherungsamt, wenn das Urteil des Kreisarztes alles beherrscht und grundlegend für die Entscheidung in diesen Fragen ist? Dann ist es doch richtiger, man spart hier an zu sparen, läßt die Arbeiterschiedsgerichte und das Reichsversicherungsamt auf und gibt den Kreisärzten die Weisung zur Medisprechung in dieser Angelegenheit!

Jedenfalls würde diese Anwendung des Sparprinzips einträglich sein, als wenn solch armen Kranken und hilflosen Wesen ihre künftige Invalidenrente entzogen wird.

Wir bitten die Leffentlichkeit, sich dieses Falles anzunehmen und dem armen Wesen zu seinem Recht zu verhelfen, da die gesetzlich anzuwendenden Mittel erschöpft sind.

Der Ortsarmenverband Przozogaj.“

So überaus traurig der hier geschilderte Fall auch liegt, so bietet er an sich durchaus nichts Neues. Er ist ein Schulbeispiel, mit welchem Eifer Schiedsgerichte auf das Urteil der Kreisärzte hin sich als Rentenquerschnen betätigen. Würden die Besitzer das nötige sozialpolitische Verständnis besitzen und soweit sie dem Kreise der Vertriebenen angehören, nicht so oft der Ansicht der Unternehmer widerspruchs-

los zuzugehen, so würden solche Schiedsprüche ein Ding der Unmöglichkeit sein. Doch bei einem Wahlverfahren, bei dem die zu Wählenden siebenmal gewählt werden und nur den Vorständen der Kreis-, Gemeinde- und Vertriebskrankenkassen das Wahlrecht zusteht, ist es nicht zu verwundern, wenn Leute gewählt werden, die sich ihrer Würde als Arbeitervertreter nicht voll bewußt sind. Deshalb ist schon bei den Wahlen zu den Krankenkassen Bedacht auf die Qualität der Vertreter und Vorstandsmitglieder zu legen. Solch eine Rentenquerschnung wie die in dieser Zeitschrift geschilderte, ist nicht allein eine Folge der Sparsamkeit, sondern der Ausfluß sozialpolitischer Minderwertigkeit. Die Invalidenversicherungsanstalten verfügen am Jahresabschluß 1910 über 1660 Millionen Mark Vermögen, weshalb es eine Schmach deutscher Sozialpolitik ist, einem unvaliden Wesen die an sich schon mageren Rente zu entziehen und sie der öffentlichen Armenpflege zu überantworten.

Streiks und Lohnbewegungen.

In der Württ. Waggonfabrik wurden am 14. Dezember 29 Güterwaggonladierer ausgesperrt. Es sollten Abzüge von 5—27 Proz. stattfinden auf Grund einer neuen Arbeitsmethode, wodurch aber ein erheblicher Arbeitsverdienverlust in Aussicht stand. Alle Vermittlungs- und Vorschlagsversuche scheiterten. Die Direktion stellte sich auf einen itrenn abweichenden Standpunkt. Alle in Betracht kommenden Organisationen haben hierzu Stellung genommen und sind Weiterungen nicht ausgeprochen. Die Fabrikleitung wird versuchen, aus dem Weide Arbeitswillige heranzuziehen und die Fertigkeitung der Arbeit von den in der Fabrik Beschäftigten verlangen. Es steht zweifellos fest, daß Abzüge auch in anderen Branchen stattfinden werden. Von unseren Kollegen in einer an der Ausprägung beteiligt. Jeder einsichtig denkende Kollege weiß nun, was er zu tun hat. Wir kommen auf den Verlauf der Bewegung später noch zurück.

Görlitz.

Die Gauleritung.

Aus Industrie und Handel.

Die Waggonfabrik Verdingen zeigt in ihrem Geschäftsbericht über das am 1. Oktober abgeschlossene Geschäftsjahr ein nicht besonders erfreuliches Bild. Die Geschäftseinnahme erklärt, daß wohl der Beschäftigungsgrad, nicht aber der Verdienst sich gebessert habe. Es wurden danach verschiedene Lieferungen ausgeführt, die schon früher während der schlechten Geschäftszeit zu niederen Preisen angenommen worden waren. Insbesondere wird geflagt, daß der Anteil des Werkes an den preussischen Staatsaufträgen zu gering bemessen sei und infolgedessen schlecht bezahlte Privataufträge übernommen werden müßten. Die finanziellen Verhältnisse des Werkes haben sich im letzten Jahre ungünstig gehalten. Trotz Einschränkung der Abdrreibungen von Maschinen und Werkzeugen und Heranziehung des verjährigen Ueberschusses wurde die Dividende von 6 Proz. im Vorjahre auf jetzt 4 Proz. herabgesetzt. Für das neue Geschäftsjahr sollen die Ansichten günstiger sein, indem etwas günstigere Preise erzielt werden könnten. Der Auftragsbestand betrug einschließlich der nach dem 1. Oktober abgelieferten Wagen rund 4.800.000 Mk.

Lebervarenhandel in Hongkong. Wegen der geringen Reichhaltigkeit der Reilmittel werden nur sehr wenig Wagen und Räder gehalten; infolgedessen herrscht nur ganz geringe Nachfrage nach Geschirren und Sattelzeug.

Rou samigen nach dort eingeführten Lebervaren sind erhebliche Mengen lederner Geldbeutel und Portemonnaies zu nennen, die fast durchweg aus Japan und Oesterreich stammen, und ferner Koffer und Taschen und lederne Gürtel für Herren, die größtenteils aus England und Japan hier eingeführt werden. Freidirenen aus Leder, deren Hauptlieferant England ist, haben sich in Hongkong nicht bewährt, da das Klima zu feuchtlich ist, um sie ohne Erweichen halten zu können.

Der Mensch ist zu drei Dingen geboren: zu Arbeit, Schmerz und Freude. Arbeit ohne Freude ist niedrig, Schmerz ohne Arbeit ist niedrig, Freude ohne Arbeit ist niedrig.

J. Auefin.

Der Mensch ist zu drei Dingen geboren: zu Arbeit, Schmerz und Freude. Arbeit ohne Freude ist niedrig, Schmerz ohne Arbeit ist niedrig, Freude ohne Arbeit ist niedrig.

Der Mensch ist zu drei Dingen geboren: zu Arbeit, Schmerz und Freude. Arbeit ohne Freude ist niedrig, Schmerz ohne Arbeit ist niedrig, Freude ohne Arbeit ist niedrig.

Der Mensch ist zu drei Dingen geboren: zu Arbeit, Schmerz und Freude. Arbeit ohne Freude ist niedrig, Schmerz ohne Arbeit ist niedrig, Freude ohne Arbeit ist niedrig.

Rundschau.

Sachsens Schrei nach dem Ausnahmegesetz hat bei den Hamburger Schornmachern helle Freude ausgelöst. Auch sie sind mit der Erklärung des sächsischen Staatsministers Grafen Witzthum der Meinung, die geltenden gesetzlichen Bestimmungen genügen nicht, um schädliche Ausbreitungen bei Streiks zu verhindern und daß deshalb die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung eine Aenderung erfahren müssen. So wurde in der letzten Sitzung der Hamburger Bürgerschaft ein von 71 Mitgliedern unterzeichneter Antrag verlesen, wonach der Hamburger Senat seinen Vertreter im Bundesrat instruieren möge, daß er die Bemühungen der sächsischen Regierung um den Erlass eines Arbeitswilligengesehgesetzes unterstütze. Der Antrag wurde von Führern der nationalliberalen Partei vertreten. — Es ist gut, daß die schwachen Klänge noch vor den Reichstagswahlen bekannt werden. Oben sie doch allen Arbeitern Veranlassung, den zukünftigen Reichstag so zu gestalten, daß jeder Angriff auf das Recht des Streikpoitenlebens zurückgewiesen wird.

Schaunmachung des Zentralvorstandes.

Am Sonnabend, den 30. Dezember, ist in allen Verwaltungsstellen die Zahl der Arbeitslosen und der sich dort aufhaltenden reichenden Kollegen festzustellen. Diese Ergebnisse sind auf der selben Karte einzutragen. Die Einlieferung der statistischen Karte hat bis spätestens den 8. Januar zu erfolgen, auch wenn keine Arbeitslosen im letzten Vierteljahr oder am Trichtage vorhanden waren.

Verfallungskalender.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Verfallungsanzeigen, die bis zum Monatsabschluss bei uns einlaufen.)

- Berlin. Die Branchenversammlungen im Monat Januar 1912 fallen aus!
- Bauken. Sonnabend, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in „Stadt Bittau“.
- Gera N. Sonnabend, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in „Richtels Lokal“.
- Hismar. Sonnabend, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Arbeiterheim“.
- Hemscheid. Samstag, den 6. Januar, abends 9 Uhr, im „Volkshaus“.
- Jein. Sonnabend, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Kämpfe, Schützenstraße, Generalversammlung.

Auszügen.

Zentral-Krankenkasse der Sattler, Portefeuille u. Berufsangehörigen Deutschlands, E. G. 64 in Berlin.

Den Ortsverwaltungen sowie allen unseren Mitgliedern

die besten Glückwünsche zum Jahreswechsel!

Der Vorstand. J. A.: Wilhelm Giese, Vorsitzender.

Tüchtige Täschner und Koffermacher

bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung sucht Ignaz Lichtenstern's Söhne, Meißtenstiftfabrik in Mistel, Württemberg.

Wir suchen bei dauernder Beschäftigung tüchtige Koffermacher

auf Fibre-, Rohrplatten- u. Holzkofter. Es wollen sich aber nur eingearbeitete, absolut erstklassige Leute melden.

Haepfler & Bölcker, Magdeburg-West.

Werkzeuge, Beschläge, Nieten u. Stifte.

Spezialität von C. Reubauer, Offenbach a. M. Lieferung sofort ab Lager.